

Sehr geehrte Anwesende, liebe Frauen!

Ich möchte uns zunächst zum Internationalen Frauentag gratulieren und mich zeitgleich bei den Organisatorinnen und Organisatoren des heutigen Nachmittags bedanken.

Letztere baten mich um eine kleine Rede. Ich möchte Sie gerne unter das Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht“ stellen und zeitgleich aufzeigen, was eine Frau durch dieses erkämpfte Recht im Sächsischen Landtag leisten kann.

Clara Zetkin wurde in Wiederau geboren – heute Mittelsachsen mit Kreishauptstadt Freiberg – darauf sollten wir stolz sein und nicht irgendwelche Schulumbenennungen zur Auslöschung ihres Namens anstreben, wie das konservative Stadträte vor Jahren beabsichtigten. Also diese, unsere Clara Zetkin hat gemeinsam mit anderen Sozialistinnen das volle Wahlrecht für Frauen erstritten, am 12. November 1918 wurde es durch den Rat der Volksbeauftragten verkündet. Dafür verneige ich mich tief vor ihnen.

Diese Frauen machten aber auch deutlich, dass es mit wählen allein nicht getan ist: Die Revolution ist nicht zu haben ohne die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, das Recht auf Ehescheidung und eine Schulreform. Soziale Gerechtigkeit, freie Entscheidungen über das eigene Privatleben, ein Bildungssystem, das soziale Nachteile ausgleicht und nicht verstärkt – diese Kämpfe gehörten schon vor 100 Jahren für die Streiterinnen zusammen.

100 Jahre scheinen eine lange Zeit zu sein und doch ist sie offenbar von der Ergebnisseite sehr kurz. Frauen dürfen zwar heute gleichberechtigt bei Wahlen ihre Stimme abgeben, aber wie sieht es mit der sonstigen Gleichberechtigung aus? Die Teilhabe am Bildungssystem ermöglicht es zwar, dass Mädchen und Jugendliche die besten Abschlüsse aufweisen – trotzdem diskutieren wir immer noch, wie Frauen in Führungspositionen gelangen können, versuchen behelfsweise über Quoten, irgendwie einen Schein zu wahren. In vielen Berufen bekommen Frauen oft immer noch für dieselbe Arbeit weniger Lohn. Und Berufe, in denen Frauen arbeiten, werden systematisch schlecht bezahlt – in den Pflegeberufen und

anderen sogenannten „personennahen Dienstleistungen“, im Handel und Verkauf und in den privaten Haushalten. Das hat auch Folgen für die Rente, wie vielleicht die älteren Frauen im Raum schmerzlich wissen.

Es gibt also im Kampf um eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau, bezogen auf die Bildungs- und Karriereentwicklung, immer noch viel zu tun.

Nach der, in die Geschichtsbücher eingehenden Bundestagswahl 2017 ist allerdings auch festzustellen: Frauen gehen zwar ebenso häufig zur Wahl wie Männer, aber es gibt einen bedeutenden Unterschied: Sie sind weit seltener selbst Abgeordnete. Das gilt auf allen Ebenen: Ausgerechnet in diesem Jubiläumsjahr sind wir mit einer erstmals gesunkenen Frauenquote im Bundestag auf 30,9% konfrontiert. Und freiwillig wird sich da auch nichts verändern – es bedarf möglicherweise eines Gesetzes, womit quotierte Listen für alle Parteien künftig verpflichtend sein müssen. Frauen müssen stärker individuell gestärkt werden, um sich politisch einzumischen – ich persönlich habe eine junge Chemikerin

unserer Partei betreut und sie ein Jahr lang in Nachhaltigkeit und fairen Handel weitergebildet. Und es gibt auch neue Aufgaben, die sich vor 100 Jahren noch nicht abzeichneten. In der Vorstellung der Linken von einer gerechten Welt spielen heute auch neue Randgruppen stärker eine Rolle als damals. Zwei möchte ich nennen – die Frauen mit Behinderung und die Migrantinnen.

Zu letzteren möchte ich angesichts der leidigen Diskussionen der letzten Wochen in Freiberg und das Verhältnis zu Ausländerinnen und Ausländern gerne sprechen. Von ihnen leben in Deutschland etwa 10 Millionen, die von Wahlen ausgeschlossen sind, egal ob Frau oder Mann. Sie besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft, stammen teilweise aus Krisengebieten, manche leben aber auch schon sehr lange unter uns. Für Menschen der Europäischen Union gibt es eine Ausnahme: sie dürfen an den Kreis- und Kommunalwahlen teilnehmen, nicht jedoch an den Bundes- oder Landtagswahlen.

Warum, glaube ich, werden Migrantinnen und Migranten von der Wahl ausgeschlossen? Zum einen soll möglicherweise die Bildung ethnischer Parteien verhindert werden. Denn wenn Zuwanderergruppen ihre eigenen, politischen Parteien gründen, kann dieser Prozess die bereits etablierten Parteien massiv schwächen. Hinzu kommt, dass das Ausländerwahlrecht bestehende Machtverhältnisse durcheinanderbringen kann, denn gewisse Parteien könnten stärker von diesen Stimmen profitieren als andere. Und viele befürchten, dass, wenn erst einmal die Zustimmung für die Stimmenabgabe für die Kommunalwahlen erfolgt ist, dann die Argumente, die Migranten bei den Landes- und Bundestagswahlen weiter auszuschließen, schwächer werden.

Warum es dennoch wichtig ist, dass auch Migrantinnen und Migranten wählen und wir als Linke dies in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufgenommen haben?

Die Erlaubnis zu wählen, fördert meines Erachtens maßgeblich die Teilhabe der Zuwandererinnen und Zuwanderer am politischen Leben und somit auch ihre Integration in die

deutsche Gesellschaft. Denn sie sind dauerhafte Mitglieder der Gesellschaft. Durch das Wahlrecht werden sie als zukünftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wahrgenommen, der Weg zur Staatsbürgerschaft wird geebnet. Denn wenn Migrantinnen und Migranten an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, dann ermutigt sie dies, sich einbürgern zu lassen, um dann auch bei den nationalen Wahlen teilnehmen zu können. Integration wird also in hohem Maße gefördert.

Ich darf daher nochmal die beiden Anstriche aus dem Wahlprogramm der Linken zitieren:

1. DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden
2. Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und

kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.

Wir werden um unsere Ideale kämpfen müssen, denn schauen wir uns die Äußerungen der sogenannten Alternative für Deutschland an, dann werden nicht nur die Minderheiten, wie Menschen mit Behinderung oder eben auch Flüchtlinge eine düstere Zukunft haben. Insbesondere Frauen droht eine Rückabwicklung zahlreicher Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Neben einer auf Abschottung und Ausgrenzung setzenden Asylpolitik ist eine reaktionäre, antifeministische Familienpolitik ein zentraler Schwerpunkt der AfD, mit dem diese Partei die Gesellschaft wieder in die Vergangenheit katapultieren will. Das Bild der Kleinfamilie einzig als Ehe zwischen Mann und Frau, die Einschränkung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, die Zurückdrängung pluraler Lebensweisen und vielfältiger Begehrensformen – das sind die Koordinaten, in denen sich die Familienpolitik der AfD bewegt und innerhalb derer Selbstbestimmungsrechte beschnitten werden sollen.

Daher, liebe Anwesende, es ist für eine Linke Abgeordnete – ob als Stadträtin oder Landtagsabgeordnete im Moment keine leichte politische Zeit. Ich persönlich habe vom beharrlichen Streit von Clara Zektin und ihrer mitstreitenden Frauen profitiert. Ich bin zwar eine Quotenfrau, aber kann mich in der parlamentarischen Demokratie lautstark äußern, was ich auch mache. Meine gute Seele Kerstin hat auszugsweise eine Übersicht erstellt, was ich im letzten Jahr für Themen bearbeitet habe.

Allen voran hat Freiberg im letzten Jahr die Insolvenz des Unternehmens Solarworld beschäftigt.

Unsere Fraktion hat daher auf mein Drängen hin die Staatsregierung und den Landtag aufgefordert, alle Möglichkeiten und Finanzierungsinstrumente für den Erhalt des Solarworld-Standortes zu nutzen, um den von der Insolvenz betroffenen 1.200 Beschäftigten eine langfristige Perspektive zu ermöglichen. Mit Solarworld haben wir nun nicht nur das größte Wirtschaftsunternehmen des Landkreises Mittelsachsen verloren, sondern einen überregional bedeutenden



Technologie-Standort. Hier arbeiteten Wissenschaft und Wirtschaft Hand in Hand, waren Forschung und Vertrieb an einem Standort gebündelt. Ich habe damals vorgeschlagen, dass die Forschungsabteilung von Solarworld in ein An-Institut der Bergakademie überführt werden könnte. Wir alle wissen, wie es gekommen ist.

Seit Jahren beschäftige ich mich mit der Energie- und Rohstoffpolitik Sachsens – im Übrigen habe ich als Frau da auch ein Alleinstellungsmerkmal in einer von Männern dominierten Branche. Erst kürzlich konnte ich einen Erfolg verzeichnen.

Ich habe in den letzten Jahren immer mal die Staatsregierung gefragt, wer denn eigentlich für die Umweltschäden aufkommt, die der Braunkohleabbau verursacht hat? Laut dem Bundesberggesetz sind nämlich die Bergbauunternehmen zuständig. Offen ist bis heute, ob es so kommt oder ob nicht doch die Allgemeinheit zahlen muss. Ich habe daher mehrfach gefordert, von den Bergbauunternehmen Sicherheitsleistungen zu erheben, die auch im Bankrottfall sicher sind. Denn wäre

dem so, stellte das die milliardenschwere SachsenLB-Pleite weit in den Schatten. Also wollte ich beim Sächsischen Oberbergamt die Unterlagen über Vorsorgekonzepte in Sachsen einsehen. 10 Monate Kampf mit dem Oberbergamt hat es gebraucht, dass wenigstens geschwärzte Akten herausgegeben worden sind. Die zeigen: Die Behörden sind weit davon entfernt, Druck auf Unternehmen auszuüben. Alles deutet darauf hin, dass die Staatsregierung und das Oberbergamt dabei eher vor allem die Profitinteressen, als eine robuste Risikovorsorge im Blick hat. Also muss ich weiter dranbleiben, damit wir nicht in wenigen Jahren ein böses Erwachen haben.

Als umweltpolitische Sprecherin habe ich natürlich auch andere Schwerpunkte im Blick – kürzlich hatten wir eine Anhörung zum Insektensterben im Land Sachsen im Landtag. Leider musste ich danach feststellen, dass die Sachverständigen wissenschaftlich belegen können, was wir bereits ahnten – der Rückgang der Insekten ist dramatische Realität. Eine Ursache hierfür liegt in der derzeitigen Art und Weise der Landwirtschaft, die immerhin 55% der

Flächennutzung in Sachsen ausmacht. In den zurückliegenden Jahren hat die Vielfalt der angebauten Kulturen abgenommen, die Intensität der Landwirtschaft hat oftmals zugenommen. Wir bekamen zu hören, dass die geltenden Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft die Artenvielfalt nicht mehr helfen, sondern verringern: der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln führen dazu, dass die Anzahl der Tiere, aber auch die Vielfalt an Insekten, Vögeln und anderem Getier in der offenen Landschaft seit Jahren zurückgeht. Auch da werde ich nach dieser Anhörung mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen nachdenken müssen, was wir von der Staatsregierung in Kürze fordern müssen, um eine geänderte Agrarpolitik anzugehen.

Liebe Frauen, liebe Gäste,

in der Politik ist nicht immer eitel Sonnenschein, wie ich manchmal so zu hören bekomme, als Frau in den von mir zu vertretenden Sprecherbereichen erst recht nicht. Und manchmal bin auch ich am Boden zerstört und muss mich neu motivieren. Ihr oder Sie können mir glauben, Opposition ist nicht einfach, weil eben von den Regierungsfractionen alles,

wirklich alles abgelehnt wird. Dann muss ich mich durchkämpfen, mit Widersprüchen, Klageandrohungen oder auch mit parlamentarischen Initiativen aufzeigen, dass die Regierung rechtswidrig Gesetze verabschiedet hat. Das ist mir in den 9 Jahren als Abgeordnete schon geglückt, immerhin. Daher Kopf hoch und nicht die Hände!